

# Laissez-faire-Pluralismus

Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters

Herausgegeben von Goetz Briefs

## **Laissez - faire - Pluralismus**

**Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters**



# Laissez - faire - Pluralismus

Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters

Unter Mitarbeit von

Bernd Bender, Cyril Zebot, H.-J. Rüstow

Herausgegeben von

Goetz Briefs



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten

© 1966 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1966 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61  
Printed in Germany

„Every institution which grapples with the problem of molding recalcitrant material into a fairer shape — and nothing is more recalcitrant than the passions and interests of men — runs the risk of being defeated by its material. And since the institution which proposes the ideal is itself served by fallible human beings, the danger is not only that the experiment may fail but that the artists themselves, wrestling with such insidious substances as power, responsibility, and material goods, may themselves be caught by these powerful instincts, may appropriate to themselves the power they sought to tame or the riches they had hoped to divert to a nobler cause.“

*Barbara Ward (Faith and Freedom,  
New York 1958, S. 104)*



## Inhaltsübersicht

Staat und Wirtschaft im Zeitalter der Interessenverbände Von Prof. Dr. Drs. h. c. <i>Goetz Briefs</i> , Georgetown University, Washington und Technische Universität, Berlin .....	1
Rechtsstaat und Sozialstaat. Zur Dialektik des heutigen Verfassungs- staats Von Dr. <i>Bernd Bender</i> , Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Freiburg	319
Inflationskräfte in pluralistischen Marktwirtschaften Von Prof. Dr. <i>Cyril Zebot</i> , Georgetown University, Washington .....	383
Die Entwicklung der Lohn- und Gewinnquote in der Industriegesellschaft Von Prof. Dr. <i>Hanns-Joachim Rüstow</i> , Universität Erlangen-Nürnberg .....	455





## Vorwort

Der Titel dieses Buches ist sein Thema. Wenn die Flagge die Ladung deckt, dann bleibt dem Vorwort nur die Deklaration der Ladung.

Die Bezeichnung Laissez-faire wird herkömmlich für jene Phase des liberalen Kapitalismus verwandt, in welcher individuelle Marktagenten in Verfolgung ihrer Interessen und in Wettbewerb miteinander Preise und Einkommen bildeten. Begriff und Ära des Laissez-faire haben seitdem einen schlechten Ruf; nicht nur, was nicht weiter verwunderlich ist, bei Sozialisten, sondern selbst bei Neo-Liberalen, wenn auch mit Unterschieden in Nachdruck und Vorbehalt.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es als ein gewagtes Unternehmen, wenn dieses Buch die These vertritt, die Gesellschaft von heute konstituiere sich nach den Grundsätzen des Laissez-faire und verfare dementsprechend. Anders ausgedrückt: sie sei in ihrer Konzeption wie in ihrer Praxis eine neue Version des klassischen Liberalismus und Individualismus.

Wer diese Anschauung vertritt, hat die Beweislast. Es scheint so offensichtlich, daß da irgend etwas nicht stimmt. Kein Geringerer als Prof. Maritain protestierte lebhaft, als ich ihm vor Jahren die These auseinandersetzte. Erst als er das Manuskript meines Aufsatzes (*The Roots of Totalism*. In: *Thought*. New York März 1944) gelesen hatte, war er völlig einverstanden.

Daß eine entscheidende Wandlung seit der Höhe des 19. Jahrhunderts bis zum Scheitelpunkt des zwanzigsten vorliegt, ist mit Händen zu greifen und hat größte Aufmerksamkeit in der wirtschaftlichen und politischen Literatur gefunden. Die Wirklichkeit der „Gesellschaft des Überflusses“ und des Wohlfahrtsstaates spricht allzu laut gegen die Annahme, sie sei das Analogon zum Laissez-faire Liberalismus. Ist nicht die Gesellschaft der westlichen Demokratien heute die klare Antithese zur liberalen Gesellschaft des Neunzehnten? Damit wäre ein dialektisches Verhältnis zwischen beiden zugegeben; die frühere Phase des Liberalismus wäre in der Antithese aufgehoben. Man hat nicht umsonst seinen Hegel und den Hegel in Marx gelesen und den Hegel in Marx entdeckt. Die alternative Annahme wäre die, daß zwischen dem klassischen und dem zeitgenössischen Laissez-faire keinerlei Beziehung und Verbindung bestehe. Die Gesellschaft des Überflusses wäre demnach völlig eigener Art; wie Pallas Athene dem Haupte des olympischen Zeus entsprang,

so sei sie durchaus ein *novum*. Aber gegen solche *nova* spricht die Erfahrung, daß die Geschichte ein Kontinuum ist, wie L. v. Ranke es ausdrückt. Wenn die Dinge so stehen, dann scheiden beide Einwürfe aus, der von der Dialektik wie der von der Beziehungslosigkeit.

Was bleibt übrig? Eine von den prägnanten, die Dinge ins Herz treffenden Bemerkungen Schumpeters ist diese, daß nach dem Rückzug des Christentums säkulare Weltanschauungen „wie herrenlose Hunde“ in das Vakuum einrückten. Die beiden neuen Weltanschauungen, die Schumpeter im Auge hatte, identifizierte er als Liberalismus und Sozialismus. Nach Fedor Stepun sind sie „metaphysische Milchbrüder“. Beide Weltanschauungen zehrten von derselben Substanz, von der religiösen und kulturellen Tradition der westlichen Welt. Jede von ihnen zielte auf das „Heil“, auf die „Emanzipation“ der Menschheit von den Fesseln der Vergangenheit; jede von ihnen auf ihre Weise und gemäß ihrer ideologischen Prägung und soziologischen Fundierung. In jeder von beiden lebte der Einschlag der Gnosis, wie Eric Vögelin mit Recht bemerkt. Wegen ihres Erbes, das sie aus der Säkularisierung des abendländischen Geistes mitnahmen, verfielen sie der Nemesis ihrer eigenen Säkularisierung, nämlich, wie Max Weber es ausdrückt, der Entzauberung.

Als Weltanschauung suchte der klassische Liberalismus wie der entsprechende Marx'sche Sozialismus das Heil in den Dimensionen von Raum und Zeit des Menschen. So wird Raum und Zeit zur Fatalität für beide, weil Raum und Zeit des Menschen und der Menschheit begrenzt und knapp sind. Menschen und Dinge „stoßen sich hart im Raum“, hart auch in der Zeit; vor allem dann, wenn keine dritte Dimension für Mensch und Gesellschaft den Horizont der Transzendenz offen läßt.

Wo liegt der Herd der Entzauberung? Allgemein gesprochen in der Begegnung dieser säkulären Weltanschauungen mit der Wahrheit der Dinge von Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft. Die philosophische Anthropologie beider Weltanschauungen stimmte nicht. Es stimmte auch nicht, daß der Staat kein Treuhänder des Gemeinwohls sei. Am wenigsten stimmte es, daß Gerechtigkeit keine Ordnungs- und Friedensregelung gesellschaftlicher Beziehungen sei. Es erwies sich als eine Fiktion, daß der Marktmechanismus oder der historische Prozeß die Gerechtigkeit funktionslos mache.

An dem vielleicht noch so dumpfen Gefühl erlittener Ungerechtigkeit entzündete sich die soziale Unruhe des 19. Jahrhunderts. Sie konnte in der Revolte und im Sklavenaufstand stecken bleiben; dann war sie kurzlebig. Sie konnte Formen, Strukturen und Funktionen entwickeln, die lebensfähig waren. Es dauerte Jahrzehnte, bis die entsprechenden erfolgreichen Formen und Strukturen gefunden wurden. Waren sie

einmal da, dann kristallisierte sich aus der sozialen Unruhe die soziale Bewegung. Welches waren die schließlich bewährten Formen und Strukturen? Es mußte zunächst eine identische Notlage vorliegen, die nicht aus der Natur der Dinge stammte, sondern aus gesellschaftlichen Ursachen. Eine Deutung dieser Notlage und der Nachweis eines zweckmäßigen, gemeinsamen Vorgehens erforderte Führung; sie mußte identische Interessen innervieren, damit Organisation zustande kommen kann.

Das Ziel der Organisation war Gerechtigkeit. Aber es war die Gerechtigkeit „für uns“. Nach Lage der Dinge, in Abwesenheit gesellschaftlich bestimmter Normen und Regeln, konnte die Gerechtigkeit keine andere als die „für uns“ sein. Das aber hieß, daß sie nach den Umständen und Bedingungen „unserer Lebenslage von uns“ definiert werde. Die Erfahrung lehrte bald, daß man sich innerhalb der Voraussetzungen und Gegebenheiten der bestehenden Ordnung einrichten müsse, und die Ordnung war die des liberalen Kapitalismus. Das aber bedeutete: das Lebensgesetz der um ihre Gerechtigkeit ringenden Organisationen hatte nach den Grundsätzen und Verfahren der liberalen und individualistischen Marktgesellschaft das jeweils mögliche Maß der Gerechtigkeit „für uns“ zu realisieren. Der Verband, ob Handwerkerbund, Gewerkschaft, landwirtschaftliche Verkaufsorganisationen oder Kartelle, adoptierte die Prinzipien des Liberalismus und Individualismus, indem er sie zu Verhaltens- und Verfahrensregeln seiner selbst machte. In der Terminologie der Wirtschaftstheorie: sie suchten die nach dem Grenznutzenprinzip entstehenden marktmäßigen Preise und Einkommen durch das Prinzip verbundener Nachfrage oder verbundenen Angebots zu ersetzen.

Einmal gefunden und mehr oder weniger bewährt, drängt das Prinzip der Preise und Einkommen regulierenden Verbände von der Peripherie in das Zentrum der Gesellschaft vor. Politisch und wirtschaftlich formiert sich dabei die pluralistische Gesellschaft aus Verbänden, von denen jeder die Gerechtigkeit für sich zur Leitlinie hat. Die Verbandsautonomie in Fragen der Preisbildung, der Löhne usw. ist der Ausdruck des Laissez-faire analog dem Laissez-faire des liberalen 19. Jahrhunderts.

Aber wie steht es um die vom klassischen Liberalismus vertretene Nichtintervention des Staates? Sie hat doch sicher keine Parallele im Laissez-faire Pluralismus, denn in ihm floriert der Staatseingriff wie nie zuvor und vermehren sich seine Bürokratien in Parthenogenese. Aber hier trägt, wie so oft, der Schein. Das pluralistische Laissez-faire hat am demokratischen Prozeß einen gewichtigen Hebel für die Auseinandersetzung zwischen den Verbänden um die jeweilige Gerechtigkeit „für uns“. Damit ist der demokratische Staat von heute kaum mehr ein *pouvoir neutre*; nach dem Urteil mancher Autoren könnte man beinahe

die Staatsgewalt als *pouvoir dirigé*, nämlich von machtvollen Verbänden dirigiert, bezeichnen. Überspitzt gesagt, die pluralistische Gesellschaft hat ihn weithin mediatisiert. Allerdings als Fiskalstaat hat er eine Souveränität zurückgewonnen, die er lange nicht mehr besaß.

Die nach Gerechtigkeit „für uns“ fragmentierte Gesellschaft ist der problematische Sachverhalt, der alle westlichen Demokratien plagt. Er begegnet Schwierigkeiten nach der Seite wirtschaftlich rationaler Preis- und Einkommensbildung, in Hinsicht auf Währungsstabilität und Vollbeschäftigung; in der politischen Sphäre in dem Kampf um die Macht hebel in Regierung, Verwaltung und sogar Rechtspflege. Alle diese Fraglichkeiten haben ihren Widerhall in den Beziehungen der westlichen Demokratien nach Außen. Im tiefsten Grunde ist das Problem das der klaren Kontur von Staat und Gesellschaft.

Man kann sich, hegelisch oder positivistisch, damit abfinden, daß das Seiende vernünftig oder das Faktische normativ sei. Aber wenn das Vernünftige zur Vernünftigkeit „für uns“ geworden ist und wenn Fakten normativ sind, feiert der Pragmatismus seine Triumphe. Genau das ist der Fall. Die Begegnung der dritten Phase des Liberalismus, also des pluralistischen Laissez-faire, mit der dritten Phase der Demokratie, also der Demokratie der reinen politischen Zweckmäßigkeit, ist der Kern der gewaltigen Problematik in der westlichen Welt. Die Summe der Lösungsentwürfe, von denen einige im ersten Beitrag dieses Bandes behandelt werden, ist ein Gradmesser für die erkannte Dringlichkeit des Problems.

Der vorliegende Band beschäftigt sich ferner mit einigen besonders dringenden Teilfragen, die der Laissez-faire Pluralismus aufwirft. Aus grundsätzlichen Erwägungen dürfte die Spannung zwischen Rechtsstaat und Sozialstaat Vorrang beanspruchen. Dr. Bernd Bender hat auf diesem Gebiete mehrfach publiziert; dankenswerterweise hat er dieses Referat übernommen. Prof. Zebot veröffentlichte vor einigen Jahren einen Aufsatz über Inflation im Weltwirtschaftlichen Archiv; sein Buch über *Competitive Coexistence* (Praeger Verlag, New York 1965) kommt auf das gleiche Problem in internationaler Sicht zurück. Sein Beitrag in diesem Bande betrifft die Beziehung zwischen Pluralismus und Inflation. Die Frage der stabilen Quoten, vor allem der relativ stabilen Lohnquote, behandelte Professor Solterer in einem Sonderbeitrag (Duncker und Humblot, 1965) mit dem Nachdruck auf statistische Untersuchung. Prof. H. J. Rüstow behandelt im vorliegenden Bande den gleichen Problemkreis in einer scharfsinnigen theoretischen Analyse.

Der Leser wird finden, daß der erste Beitrag in starkem Umfang ausländische Quellen und Erfahrungen zu Rate zieht. Das hat seinen Grund nicht nur in der langjährigen Vertrautheit des Verfassers mit den Verhältnissen fremder Nationen; er ist der Meinung, daß gerade auslän-

dische Entwicklungen und Erfahrungen auch sonst wertvoll sind; im Übrigen gilt der Satz: *de te fabula narratur*. Parallel zum Hellenismus der Antike gibt es heute eine zivilisatorische Atlantische Dünung, einen „Atlantismus“, der, in der Hauptsache von Nordamerika ausstrahlend, die ganze Ökumene bis in die Interna selbst des Kommunismus in seinen Bann zwingt.

Der Herausgeber ist sich bewußt, nur einen Teil des gesamten Problemkomplexes angegriffen zu haben. Die ursprünglich geplante, umfassendere Untersuchung erwies sich aus personalen wie zeitlichen Gründen nicht durchführbar. Der Herausgeber legt Wert darauf, festzustellen, daß die Mitarbeiter an diesem Gesamtwerk volle Freiheit ihrer wissenschaftlichen Überzeugungen besaßen.

Herausgeber und Mitarbeiter sind der *Fritz-Thyssen-Stiftung* zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Ihre generöse Unterstützung war eine wertvolle Hilfe. Unnötig zu sagen, daß die Stiftung grundsätzlich keinerlei Einfluß, weder direkt noch indirekt, auf die von ihr geförderten Studien nimmt.

Ein Dankeswort an Privatdozent Dr. Hans H. Lechner für die liebenswürdige Bereitwilligkeit, das Manuskript durchzusehen und das Register zu besorgen; an Prof. Ludwig Hamburger, der vielerlei Anregungen gab und Überschriften für die Untergliederung entwarf; an Wolfgang Wagner für wertvolle Hilfe bei den Korrekturen; an Fräulein Christa von Bomhard, die treulich als Sekretärin tätig war. Zwei Verpflichtungen seien nicht zuletzt erwähnt: die an meine Frau Elinor für ihre unendliche Geduld und Ermutigung, und die an den Inhaber des Verlages Duncker & Humblot, meinen alten Schüler und Freund, Ministerialrat a. D. Dr. Johannes Broermann.

Das Manuskript wurde Ende Juli 1966 abgeschlossen.

*Goetz Briefs*



**Staat und Wirtschaft  
im Zeitalter der Interessenverbände**

**Von Prof. Dr. Drs. h. c. Goetz Briefs**





# Inhaltsverzeichnis

## *Erstes Kapitel*

### **Vom klassischen Liberalismus zur Verbandsstruktur der Gesellschaft (Pluralismus)**

I. Die Verbände des Pluralismus .....	7
a) Das Wesen des Verbandes .....	8
b) Der Begriff des Pluralismus .....	10
c) „Wahrer“ und „falscher“ Pluralismus .....	12
d) Die doppelte Front des Pluralismus der Gegenwart .....	13
e) Die Merkmale des Pluralismus der Gegenwart .....	14
II. Der Pluralismus als Phase des Liberalismus .....	15
a) Klassischer Liberalismus und Pluralismus der Gegenwart .....	17
b) Das reale ökonomische Substrat des Liberalismus .....	19
c) Die individualistische Komponente des Liberalismus .....	23
d) Zwei Versionen des Liberalismus .....	25
e) Liberalismus und individuelle Entscheidung .....	27
f) Die Dialektik des individualistischen Ethos .....	30
III. Die Entwicklung zum Liberalismus der zweiten Phase .....	33
a) Der Liberalismus der Teil-Kollektive .....	33
b) Die Übernahme liberal-individualistischer Grundsätze durch die Verbände .....	37
c) Der Verband wird zur Institution .....	39
d) Der Verband als Quasi-Person der liberalen Ordnung .....	41
IV. Pluralismus als Strukturprinzip der Gesellschaft .....	42
a) Quasi-öffentliche Position des Verbandes .....	43
b) Grenzen der Verbandsambitionen .....	45
c) Privilegierte Verbände .....	46
d) Verband, Demokratie und Wirtschaftsgesetz .....	48

## *Zweites Kapitel*

### **Die Metamorphose der Demokratie im vollendeten Pluralismus**

I. Pluralismus und Gesellschaftliche Integration .....	50
a) Wechselseitiger Ausgleich von Verbandsinteressen? .....	50
b) Konstituierung der Gesellschaft in Verbänden? .....	51

c) Repräsentation der Gesellschaft durch Verbände? .....	53
d) Die Verbände Faktoren gesellschaftlicher Gerechtigkeit? .....	55
e) Die Verbände Instrumente des Gemeinwohls? .....	60
f) Wer ist schuld? Der Staatsbürger? .....	62
g) Desintegrierung der Gesellschaft durch die Verbände? .....	66
II. Pluralismus und Gesellschaftliches Ethos .....	68
a) Die Durchschnittsmoral unter Verbandsdruck .....	68
b) Die individuelle Freiheit unter Verbandsdruck .....	71
c) Die Vernunft unter Verbandsdruck .....	75
III. Pluralismus ohne Hemmungen .....	76
a) Solidarität antagonistischer Gruppen? .....	76
b) Favorisierung durch Gesetzgebung und Exekutive .....	77
c) Von der Demokratie zum Demokratismus .....	80
d) Imperialismus des Gesellschaftlichen .....	81
IV. Pluralismus und Staatsautorität .....	83
a) Polyzentrie der Macht .....	83
b) Politischer Pluralismus .....	89
c) Die Spannung zwischen Wohlfahrtsstaat und Hoheitsstaat .....	92
d) Problematische Sachlage .....	94

### *Drittes Kapitel*

#### **Die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Laissez-faire-Pluralismus**

I. Pluralismus und Preisbildung .....	98
a) Verbandsaktion als Faktor der Inflation .....	98
b) Diskretionäre Preise und Inflation .....	100
c) Oligopol und Inflation .....	107
d) Kapitalgewinne und Inflation .....	108
e) Lohnpolitik und Inflation .....	109
f) Das Einschrumpfen der Marktfunktion .....	115
II. Pluralismus und Geldpolitik .....	119
a) „Gewerkschaftswährung“? .....	120
b) Verbandsaktion und Kreditvolumen .....	122
III. Pluralismus und Produktivitätswachstum .....	123
IV. Pluralismus und Verbandsbeziehungen .....	132
a) Der Verband und seine Mitglieder .....	132
b) Privilegierte und unterprivilegierte Verbände .....	133
V. Wohin treibt der Pluralismus? .....	134
a) Flexibilität der Faktorkosten nur nach oben (Sperrklinke) .....	135
b) Lohnrunden ohne Ende? .....	136

*Viertes Kapitel***Entwürfe zur Lösung des pluralistischen Laissez-faire-Problems**

1. Standortsbestimmung .....	138
II. Anti-Pluralistische Kräfte .....	141
III. Kontrolle pluralistischer Kräfte .....	143
A. Nationale Lohn- und Preispolitik .....	144
a) Amtliche Kontrolle. Das Beispiel der Niederlande .....	144
1. Auflockerung der amtlichen Kontrolle .....	145
2. Die Kontrolle wird subsidiär .....	146
b) Konsultative Kommissionen: der Fall Schweden .....	149
1. Vorbedingungen erfolgreicher Kontrolle .....	149
2. Kontrolle der Kapitalgewinne .....	150
3. Zusammenwirken der Gruppen .....	153
c) Leitlinien. Der Fall Großbritannien .....	153
1. Die Nationale Einkommenskommission .....	154
2. Die Gewerkschaften versagen Mitarbeit .....	154
3. Die Kommission enttäuscht .....	155
4. Die Arbeiterpartei wird mit dem Problem konfrontiert .....	156
5. Die Regierung bringt Gewerkschaften und Arbeitgeber in eine neue Kommission zusammen .....	157
6. Von der Konsultation zum gesetzlichen Zwang? .....	158
7. Übergang zur nationalen Planung .....	161
d) Leitlinien. Der Fall der Vereinigten Staaten .....	177
1. Augenschein der Preisstabilität .....	178
2. Täuschende Faktoren .....	180
3. Mißachtung der Leitlinien bei günstiger Konjunktur .....	181
IV. Rückblick und Ausblick .....	185
a) Gruppeninteresse und Gesamtwohl .....	185
b) Schwächen der Leitlinien-Politik .....	186
c) Anpassung von Löhnen und Preisen an die Produktivität? .....	190
d) Gefordert: eine neue Philosophie der Verbände .....	192
B. Kontrolle über Pluralistische Mächte .....	193
a) Zentrale statt verbandsautonomer Lohnpolitik .....	194
b) Gibt es eine „Natur“ der Verbände? .....	199
C. Die Planung gemäß dem französischen Konzept .....	200
a) Vom „Produkt der Technokraten“ zur „Sache aller Franzosen“ ..	202
b) Zwischen Laissez-faire-Pluralismus und technokratischer Planung	205
c) Die Verbände im Planentwurf ohne Planverantwortung .....	207
d) Das Parlament entscheidet quodam modo, aber plant nicht .....	209
e) Der Plan in seiner historischen Dialektik .....	212
f) Einkommensplanung als Ergänzung zur Produktionsplanung ...	224

g) Verbände und Einkommensplanung .....	228
h) Die Vorbereitung des 5. Planes und die Diskussion über das Planen .....	230
i) Frankreichs 5. Plan .....	235
D. Die Aussichten der Lösungsentwürfe .....	243

### *Fünftes Kapitel*

#### **Logik und Dialektik des Laissez-faire-Pluralismus**

I. Die Logik des Pluralismus. Die Überhäufung des Staates mit staatsfremden Aufgaben .....	245
a) Der Januskopf des Wohlfahrtsstaates .....	247
b) Kollektive Moral mediatisiert die Individualmoral .....	249
c) Das neue Ethos des Sozialen .....	251
d) Ist das Soziale als Invariable des Wirtschaftssystems denkbar? ..	252
e) Das Soziale als Kategorie sui generis .....	255
f) Das Soziale als dominantes Ethos .....	257
II. Von der Logik des Pluralismus zu seiner Dialektik. Der Fall Schweden .....	258
a) Eindeutige Herrschaft und Verantwortung .....	258
b) Ein Sonderfall a-typischen Maßhaltens? .....	262
III. Grenzen des Pluralismus .....	263

### *Sechstes Kapitel*

#### **Von der freien Wildbahn in die Sackgasse?**

a) Prosperität und Laissez-faire-Pluralismus .....	266
b) Globale Inflation? Wenn, wo liegt ihr Herd? .....	270
c) Demokratie ohne Interessenverbände? .....	273
d) Die Aufhebung des Laissez-faire .....	275
e) Consensus als Grundsatz der Integration? .....	276
f) Die politische Entscheidung .....	281
g) Die Revision des Gesetzes des Antritts der Verbände .....	285
1. Revision der Verbandstradition .....	286
2. Die Revision der Verbandsfunktion .....	297
3. Die Revision obsoleter Strukturen .....	309
h) Permanente Hochkonjunktur? .....	312
i) Epilog .....	316

## Erstes Kapitel

### Vom klassischen Liberalismus zur Verbandsstruktur der Gesellschaft (Pluralismus)

#### I. Die Verbände des Pluralismus

Die pluralistische Gesellschaft von heute stellt sich als eine Vielheit von Verbänden dar: Einungen von Individuen oder Gruppen nach Maßgabe eines jeweiligen Interesses. Das Motiv der Einung, das Interesse, kann real identisch sein; so haben etwa Kartelle, Bauernverbände und Gewerkschaften der ersten Anfänge ihre Solidarität in sozialen Mißständen, in der „Ungerechtigkeit des Marktes“ gesehen — Mißstände, gegen die der einzelne ohnmächtig war, die er aber im Bunde mit seinesgleichen zu beseitigen trachtete. In solchen Fällen kam die Einung aus der von der Gruppe gemeinsam empfundenen realen Notlage. Oder aber: Interessen werden als identisch unterstellt, während sie es in Wirklichkeit vielleicht nicht sind. Ein landwirtschaftlicher Interessenverband mag Viehhaltung und Getreidebauern umfassen, deren Interessen konträr sein mögen und immer wieder irgendwie ausgehandelt werden müssen; ein Zweig der Arbeiterbewegung in U. S. A., *The Knights of Labor*, warf gelernte und ungelernte Arbeit mit Geistlichen, Ärzten usw. in einen Organisationstopf zusammen; Industrieverbände unterstellen gelegentlich Interessengemeinschaft mit landwirtschaftlichen Verbänden, wenn es sich etwa um Fragen des Schutzzolles oder des Kreditvolumens handelt, obwohl in Wirklichkeit die Interessen beider widerspruchsvoll sein mögen.

Schließlich: Interessen können ideologisch als identisch hingestellt werden. Der Kardinalfall ist hier die Marxsche These von der Solidarität des internationalen Proletariats, parallel zur Solidarität des internationalen Kapitals.

Wirtschaftliche Interessen sind nur ein, wenn auch gewichtiger Sonderfall von Interessen. Interessen überhaupt weisen ein fast unbegrenztes Spektrum auf; daher ist es geboten, aus der Unzahl möglicher Interessen und entsprechender Verbände jene zu besondern, die für unsere Untersuchung wichtig sind. Es sind jene, deren Zweckbestimmung sich um das marktwirtschaftliche System, um die freie Unternehmungswirtschaft, also um den Kapitalismus und seine Institutionen dreht.

Wir unterscheiden:

1. Verbände, die grundsätzlich die Marktwirtschaft, das liberal-kapitalistische System, durch ein Gegensystem ersetzen wollen, das sich in aller Regel als gesellschaftswirtschaftliches System präsentiert, als kommunistisch, sozialistisch, syndikalistisch, gildensozialistisch usw.

2. Verbände, die innerhalb des bestehenden Systems durch Regulierung von Angebot und Nachfrage, von Kosten und Preisen, von den Bedingungen des Kaufens und Verkaufens in je ihrem Sektor von ihnen definierte Interessen vertreten. Innerhalb des bestehenden Systems bedeutet, daß sie die Dynamik und den Rhythmus des Systems als gegeben hinnehmen. Verbände dieser Art sind abhängige Variable im doppelten Sinn, abhängig vom Wirtschaftssystem und von seinem Prozeß.

3. Verbände, die, ohne das System verwerfen oder ersetzen zu wollen, durch wirtschaftliche oder politische Macht oder durch beides zusammen, Mitbestimmung über den Prozeß der Wirtschaft erstreben. Innerhalb des Systems heißt hier, daß sie seine Dynamik und seinen Rhythmus in Kontrolle nehmen wollen und mehr oder weniger zu nehmen imstande sind. Verbände dieser Art sind *relativ* unabhängige Variable im System; relativ unabhängig insofern sie grundsätzlich nicht das System selber aufheben wollen — aus verschiedenen Gründen, auch dem, weil sie sich damit aufheben würden. Ihre Politik als unabhängige Variable findet demnach ihre Grenze an den Bedingungen und Voraussetzungen einer funktionierenden Unternehmungswirtschaft, eines operablen Systems freier Unternehmungen.

4. Verbände, deren primäre Zweckbestimmung jenseits des Marktes und wirtschaftlicher Interessen liegt; die also Zwecke der gegenseitigen Hilfe, der kulturellen, professionellen Bildung usw. im Auge haben. Solche Zwecke weisen häufig, wenn nicht in aller Regel, auch eine wirtschaftliche Seite auf. Sie kann intern geregelt werden, oder über den Markt, oder über die öffentliche Ausgabenwirtschaft. In jedem Falle ist sie nicht primär; ihr wirtschaftlicher Aspekt ist nur Mittel zum Zweck.

#### a) Das Wesen des Verbandes

Es war die Rede von Verbänden. Was ist damit gemeint? Welcher Art sind sie, soziologisch gesprochen? Die hier in Frage stehenden Verbände können nicht als Personalgemeinschaften oder als Lebensgemeinschaften angesprochen werden. Soweit Verbände aus einer von der Gruppe zutiefst empfundenen gemeinsamen Geisteshaltung oder Lebensnotlage entspringen, haben sie Neigung, das Pathos und Ethos der Lebensgemeinschaft zu entwickeln; daran entzündete sich die

soziale Bewegung des 19. Jahrhunderts. Das gilt für die frühen Konsumvereine, Gewerkschaften und Bauernverbände. Bei Kartellen und Verbänden zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen von Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ist in aller Regel kein Einschlag des Lebensgemeinschaftlichen zu vermuten; hier ist und bleibt die Solidarität *ad hoc*, bezogen auf, und begrenzt durch, den Zweck des Verbandes. Im Laufe der Zeit nimmt die Solidarität auch bei Gewerkschaften und Bauernverbänden den bloßen *ad hoc* Charakter an; im Vorgang der Institutionalisierung des Verbandes wird sie zunehmend formalisiert: vom Verbands aus gesehen wird sie unterstellt; vom Mitglied aus gesehen „ist man dabei“ oder „muß man dabei sein“.

Unser Gegenstand, der typische Verband von heute, ist keine Lebensgemeinschaft; die Mitgliedschaft deckt nicht Personen in der Fülle ihrer Personalität, sondern Individuen, die mit anderen Individuen ein umschriebenes Gruppeninteresse durch Organisation vertreten und durchzusetzen beabsichtigen. Das Außenverhältnis dieser Verbände zeigt das Ethos der Fremdmoral, wie es unter gegenseitig Fremden üblich ist; in Zeiten der Spannung und scharfer Gegensätze wird es zur Feindmoral. Die Form des Sichvertragens bei Fremdmoral ist der Vertrag; die Methodik des Sichvertragens, die zum Verträge führt oder führen kann, ist das Verhandeln, das Aushandeln für den Ausgleich, notfalls der Kampf als Weg zum Sichvertragen und zum Vertrag.

Die Gesamtheit dieser Verbände stellt die pluralistische Gesellschaft von heute dar. Die für unsere Untersuchung primär infrage stehenden Verbände sind die unter 2. und 3. genannten. Sie, nicht der Kegelklub, der Sportverein, der Imkerverband oder das Rote Kreuz sind gemeint, wenn landläufig von Interessenorganisationen die Rede ist; ein spezifisches Interesse, nämlich jenes, das um Einkommen, Kosten und Preise, Geld- und Kreditvolumen, Angebot und Nachfrage, Sparen und Investieren kreist, ist ihr Daseinsgrund und deckt ihren Aufgabenkreis. Parallel zu dem wirtschaftlichen im engen Sinn des Wortes verläuft das soziale Interesse, soweit die Sicherheit der Existenz der Gruppen, die persönliche und gruppenweise Selbstachtung, der gesellschaftliche Rang, kurz: *Status* an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden ist. Andererseits: Da in den westlichen Gesellschaften von heute die wirtschaftlichen Interessen, vertreten durch Verbände, das politische Mittel in zunehmendem Maße ansetzen, auch insofern als sie ursprünglich mögliche Aufgaben und Verantwortungen ihrer selbst auf den Staat abwälzen oder dafür den Staat zu Hilfe rufen, gewinnen die Verbände zwar freiere Hand für ihre im engeren Sinn wirtschaftlichen Interessen dem Marktpartner gegenüber, aber eine Fülle von im Raum der Wirtschaft anfallenden und zunächst dort zu lösenden verbands-sozialen Aufgaben und Verantwortungen wird dem Staate zugeschoben. Dadurch